

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessen
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nr. 15.— Mk. Durch Austräger 116.— Mk. pro Woche. Durch die Post 30.— Mk. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages von 435.— Mk. an die Produktivgenossenschaft. Redaktionsprechstunde: 5—6 Uhr nachmittags. — Postcheckkonto Nr. 310 59. — Fernsprech-Anschluß: Breslau, Ring 8437.

Mittwoch, 20. Dezember 1922

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 10.— Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Veranlassungsanzeigen 250 Mk. Kleine Anzeigen per Wort 1.50 Mark. — Retikame: Die Millimeterzeile 3 gespalten oder deren Raum im Text 30.— Mark.

Der Parteitag der KPD. einberufen.

An die Parteigenossen!

Die Zentrale beruft im Einvernehmen mit dem Zentralauschuß den

Parteitag

für die Zeit vom Sonntag, den 28. Januar, bis Donnerstag, den 1. Februar 1923, nach Leipzig, Volkshaus, Zeiger Straße 32, ein. Die Eröffnung des Parteitages erfolgt am Sonntag, den 28. Januar, mittags 12 Uhr. Die vorläufige Tagesordnung lautet:

1. Bericht der Zentrale.
 - a) Politischer Bericht. Berichterstatter Ernst Meyer.
 - b) Geschäftsbericht. Berichterstatter: Wilh. Pöck.
 - c) Bericht der Revisionskommission.
 2. Berichte vom 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale und vom 2. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale. Berichterstatter: Klara Zetkin, Fritz Hedert.
 3. Einheitsfront und Arbeiterregierung. Referent Heinrich Brandler.
 4. Unsere Tätigkeit in den Gemeindeparlamenten und unser Kommunalprogramm. Referent: Jwan Raj.
 5. Erledigung von Anträgen.
 6. Wahl der zentralen Körperschaften.
- Anträge der Organisationen sind spätestens bis zum 21. Januar 1923 an die Zentrale einzureichen. Auf je

1000 Mitglieder, für die bis zum Abschluß des 3. Quartals Pflichtbeiträge an die Zentrale abgeführt worden sind, entfällt 1 Delegierter. Die Mandate der Delegierten sind von den Bezirksleitungen auszustellen. Die Delegationskosten müssen von den Bezirken getragen werden. Zur Aufbringung der Kosten sind die von der Zentrale herausgegebenen Parteitagsmarken zu verwenden.

Mit beratender Stimme nehmen am Parteitag teil: die Mitglieder der Zentrale und des Zentralauschusses, die Revisionskommissionen, der Vorstand der Reichstagsfraktion, die Parteitagreferenten, die Wanderlehrer, drei Vertreter der Jugendzentrale und die geladenen Gäste.

Die Namen und Adressen der gewählten Delegierten und der sonstigen Parteitagsteilnehmer sind sofort der Zentrale und dem Lokalkomitee des Parteitags unter der Adresse:

Alwin Heude, Leipzig-Connewitz, Eisenstr. 163, mitzuteilen. An die gleiche Adresse sind die Wünsche wegen Quartierbeschaffung zu richten.

Pressearten werden von der Zentrale der KPD., Berlin C. 54, Rosenthalerstr. 38, herausgegeben.

Berlin, 18. Dezember 1922.

Die Zentrale der KPD.

Der Streit um den Index.

FK. Unter der bürgerlichen Presse Breslaus ist ein Streit um den Index entbrannt. Natürlich beteiligt sich auch die „Volkswacht“ daran. Der Reigen wurde eröffnet von der reaktionären „Schlesischen Zeitung“. Sie brachte in ihrer Ausgabe vom Sonntag, den 10. Dezember einen Leitartikel, indem sie den Index einen Zeigefinger nannte und das hohe Vied seiner wohlthätigen Wirkungen für alle Festbeholdeten, also für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten sang. Doch nur, um zu der Feststellung zu kommen:

„Es steht wohl so aus, als hätte er (der Index d. Red.) keinen Klienten dem Lebensunterhalt, doch wer gibt Sicherheit, daß über ein Viertel- oder Halbjahr noch gespart werden kann? Je höher der Index sich versteigt, umso dringender wird diese Frage. Reichs- und Staatsbeamte sind noch leidlich dran; für sie sorgt die Steuerherrschaft, auch die Notenpresse, deren Produkt sich allerdings von Tag zu Tag verflüchtigt. Bei den Kommunalbeamten hapert es schon mehr, denn den Gemeinden geht die Puste aus. Nun aber der Privatbetrieb woher soll der es nehmen?“

Ja freilich, die armen Privatkapitalisten, die sind schicki dran. Die wissen schon gar nicht mehr, woher sie die gar so „hohen“ Löhne und Gehälter nehmen sollen. Man bedenke doch, wie teuer jetzt die Auslandsreisen sind. Und jeder standesgemäße Privatkapitalist muß doch jetzt ein ansehnliches Vermögen in Auslandspapieren haben. Darum ruft die „Schlesische Zeitung“ resolut aus:

„Machen wir Schluss, je eher je besser für alle Beteiligten. Lassen wir die Statistiker berechnen, was eine Lebenshaltung wie wir sie zu Olms Zeiten hatten, heute kosten würde, und richten wir uns nach dem, was jetzt noch möglich ist.“

Nun, was nach Meinung der „Schlesischen“ heute möglich ist, weiß jeder Arbeiter: Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung sind ihre Parolen. Sie sagt es ja ganz offen, indem sie ihren Leitartikel mit der Konsequenz frönt:

„Möge Deutschland das Schema des Achtstundentages bald durchbrechen.“

In ihrem ganzen Leitartikel vergißt die „Schlesische Zeitung“ aber die Vorteilhaftigkeit des Index auf dem Gebiete des Ausgleichs der Klassegegensätze zu würdigen. Sie weiß sehr wohl, daß trotz des Index die Lage der Arbeiterschaft eine geradezu erbärmliche ist. Sie weiß auch, daß mit Hilfe des Index die Kämpfe der Arbeiter durch die Gewerkschaftsführer verhindert und somit die Ausbeutung der Arbeiter nicht gestört wird. Und trotz dieser für die Kapitalisten so guten Eigenschaften will die „Schlesische“ vom Index nichts wissen. Warum wohl? Weil der Index doch immerhin ein Hindernis der Ausbeutung der Arbeiter ist. Bei jeder Teuerungswelle garantiert er den Arbeitern ein Almosen. Und die Kreise der „Schlesischen“ wollen den Arbeitern auch dieses Almosen nicht mehr geben. Sie wollen eben bei steigender Teuerung Abbau der Löhne und Gehälter, d. h. die völlige Verelendung des arbeitenden Volkes. — Zwar weiß die „Schlesische Zeitung“ ganz genau, daß die Durchführung dieses Planes unbedingt scharfe Kämpfe der Arbeiterschaft mit den Unternehmern zeitigen wird. Aber das will sie eben. Die Unternehmer meinen, daß der Faschismus in Deutschland stark genug ist, das Proletariat niederzuschlagen und die völlige Verflüchtigung der Arbeiter zu schützen. Das ist der Sinn des Leitartikels der „Schlesischen Zeitung“.

Das Proletariat muß diese Worte verstehen! Es darf ihnen nicht mit erbärmlichen Gesinzel wie der Kleinbürger begegnen, sondern muß sich seinerseits rüsten zum Kampf mit den Unternehmern und Faschisten.

Der Artikel der „Schlesischen Zeitung“ hat das Kleinbürgertum Breslaus in Erregung gebracht. In der katholischen „Schlesischen Volkszeitung“ ergriff ein Vertreter dieser Schicht am 12. Dezember das Wort, um besonders hervorzuheben, wie „ausgleichend und beruhigend“ der Index gewirkt hat. Dabei — das mögen die Gewerkschaftsführer sich hinter die Ohren schreiben — gesteht dieses christlich-kapitalistische Blatt selbst:

„Daß das durch den Index der Teuerung angepaßte Gehalt in keiner Weise den Lebensverhältnissen entspricht...“

Erste Erfolge der Ludwigshafener.

Die Unternehmer beginnen zu kapitulieren.

In der 3. Streikwoche haben zwei Betriebe des Chemischen Konzerns die Segel gestrichen. In beiden Betrieben ist es durch Verhandlungen direkt mit dem Arbeiterrat zur Beilegung des Streiks gekommen. Die dort gemäßigten Arbeiterratsmitglieder wurden wieder in den Betrieb aufgenommen und üben ihre Funktion weiter aus. Alle vom Chemischen Konzern gestellten Bedingungen wurden fallen gelassen. Die Arbeiter treten erneut in den Betrieb mit den gleichen Arbeitsverhältnissen und Arbeitsbedingungen wie vor dem Streik. Das ist der erste Erfolg des Kampfes.

Einen weiteren Erfolg in dem Kampfe bedeutet, daß der Konzern der chemischen Industrie, Gruppe 6, die vom Reichsschlichtungsausschuß abgelehnte Erhöhung des Lohnes zugestehen mußte.

Die Gewerkschaftsführer haben in den mit den Unternehmern unter Ausschaltung der Streikleitung geführten Verhandlungen am Sonnabend den Unternehmerbedingungen mit wenigen unwesentlichen Änderungen zugestimmt. Am Sonntag wurden überall in der Pfalz große von den Gewerkschaftsführern unterschriebene Plakate angeschlagen, in denen diese „Einigung“ bekanntgegeben und den Arbeitern ihre Annahme empfohlen wird. Gleichzeitig wurde durch WTB der Presse mitgeteilt, daß zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsvertretern eine Verständigung herbeigeführt worden sei. Die Unternehmer planen nun, den Arbeitern die Einladungen zur Arbeitswiederaufnahme ins Haus zu schicken, um zu erkundigen, wieviele der Streikenden zur Arbeit bereit sind. Sollten sich genügend Arbeitswillige melden, besteht die Absicht, am Mittwoch oder Donnerstag die Betriebe zu öffnen und Dreiviertel der Arbeiter wieder einzustellen und den Rest zu maßregeln.

Die Streikleitung hat diesen hinterlistigen Anschlag sofort durch Verbreitung aufklärender Flugblätter pariert. Die Streikenden verharrten nach wie vor einzig und geschlossen im Kampf. Die Kapitulation zweier chemischer Betriebe hat die Siegeszuversicht gesteigert. Die Streikleitung ist der Überzeugung, daß sich keine nennenswerte Anzahl Arbeiter zur Arbeitswiederaufnahme melden wird und daß die Anlaufkonge in Kürze zu Verhandlungen mit den Streikenden gezwungen sein werden.

Der Dollar 6535,34.

Nachdem sich am Sonnabend nachbörslich der Dollarkurs bis auf etwa 5300,5500 gesenkt hatte, kletterte er am 16. Dezember 6535,94.

Das Bemerkenswerte an der Senkung des Dollarkurses ist, daß nicht die Berliner Börse auf Grund günstiger Nachrichten eine Ermäßigung des Kurzes vornahm, sondern die Aufwärtsbewegung der Markt von der New Yorker Börse ausgeht. Wie lange diese Besserung der Markt anhalten wird, läßt sich heute noch nicht voraussagen, da sie auf das innigste mit den großen Konkurrenzkämpfen der einzelnen Kapitalistengruppen und das Reparationsgeschäft, mit den Schachzügen und Gegenachzügen dieser Gruppen verknüpft ist.

Schon zeigt es sich, daß die ursprünglichen Meldungen über die amerikanische Anleihe keineswegs so günstig sind, als die ersten Meldungen es haben wollten und daß die ganze Anleihe, gleich in welcher Form, noch überhaupt nicht feststeht.

Der plötzliche Sturz des Dollars hatte natürlich auch eine gewisse Wirkung auf die Preise der verschiedenen Lebensmittel und Bedarfsartikel. Verschiedentlich kam es zu Preisherabsetzungen. Aber auch bei diesen Preisherabsetzungen muß auf den Zustand, der vor etwa vier Wochen beim Dollarkurs eintrat, hingewiesen werden. Bekanntlich sind die kleinen Rückgänge damals schon in wenigen Tagen überholt worden.

Das wahre Gesicht der Haager Friedenskonferenz.

Nach der Annahme einer Resolution gegen die Ruhrbesetzung (zwischen wurde der Plan auch von Poincaré aufgegeben, so daß ihr die französischen Nationalpatrioten ruhig zustimmen konnten) wurde die reformistische Resolution über den Militarismus, die Revision der Friedensverträge, die Zulassung Deutschlands zum Völkerbunde und schließlich die Gewerkschaftskommission über die Kriegsgesfahr, alles nichtsagende Phrasen, angenommen. In der Schlussrede sagte der Präsident Thomas: „Folgt nicht dem Räte derer, die Euch auffordern, die Soldaten und Matrosen aufzusuchen; dazu haben wir kein Recht.“

Bezeichnend für den Geist dieses sozialistischen Friedenskongresses ist die Erklärung der deutschen Pazifistin Frau Dr. Stöcker und 9 anderer Mitglieder des deutschen bürgerlichen Friedensartikels: Sie seien nicht in der Lage, die von der Kommission eingebrachte Resolution zu unterstützen, da sie bloß eine unzureichende Formel des veralteten bürgerlichen Pazifismus enthalte und jede klare Stellungnahme bezüglich des Generalstreiks als Mittel zur Verhinderung von Kriegen vermeide.

Damit ist über diesen Friedenskongress von bürgerlicher Seite das niederträchtigste Urteil ausgesprochen worden.

Großdeutscher Rummel in OS.

Ehrhardt, Knüppelunge und Hittler werden von den Kapitalisten auf die Arbeiter Oberschlesiens losgelassen.
(Eigener Bericht der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“.)

Breslau, 19. Dezember.

Den vergangenen Sonntag hatten die faschistischen Drahtzieher auserselben, um in Oberschlesien einen groß angelegten Aufmarsch einen Werbelag zu veranstalten. Ludendorff wurde angekündigt. Fieberhaft wurde gerüstet. Die schwankenden und indifferenten Arbeiter sollten eingefangen werden. Nicht mehr in die Arbeitsgemeinschaft Korbach, in die deutsch-sozialen oder in die nationalsozialistische Partei, sondern in die Großdeutsche Arbeiterpartei. Und zwar von Korbach, Knüppelunge, Hittler u. Co.

In allen größeren Orten wurden Ortsgruppen der Großdeutschen Arbeiterpartei gegründet. Die Korbacher und Knüppelunge wurden aufgefordert, in die Großdeutsche Arbeiterpartei überzutreten. Alle Ortsgruppen wurden aufgefordert, am Sonntag Delegationen nach Gleiwitz zu senden, die sich an einem Umzug beteiligen sollten. Alle Teilnehmer reisten auf Kosten der „Organisation“ — bei einem Monatsbeitrag von 10 Papiermark, den das einzelne Mitglied zu zahlen hat.

Der Rummel begann mit einer öffentlichen Versammlung in der „Neuen Welt“, zu der „die Juden keinen Zutritt“ hatten. Ein bewaffneter Saalschutz sorgte dafür, daß kein „Unerwünschter“ in den Saal oder gar zur Diskussion kam.

In der Versammlung hielt der junge Mann Knüppelunge, Lehrer Stod, eine demagogische Strauß- und Rübenerede. Mit der letzten Wahlkampagne hat er sich gewandelt. Er ist jetzt gegen den Parlamentarismus und keine Partei, d. h. die Großdeutsche, „will eigentlich daselbe, was die Kommunisten wollen! ... Seine Partei will doch ebenso wie die Kommunisten auf dem Wege der Diktatur ihr Ziel erreichen“.

(Mit dem Unterschied, daß die Kommunisten die revolutionäre Diktatur des Proletariats erstreben, während die Großdeutschen die reaktionäre Diktatur eines deutschen Mussolini, und also des Kapitals aufrichten wollen.)

Der „Redner“ sprach ferner gegen die freien Gewerkschaften und forderte auf zur Bildung von großdeutschen, also faschistischen.

Vor und nach seinen Ausführungen „spielte“ eine „Kappelke“ nationalistische Lieder. Ein Arbeiter, der dem Referenten entgegenzutreten wollte, wurde herausgeleitet, bevor er zum Sprechen kam.

Dann formierten sich die von auswärtig herbeigerufenen und ortsansässigen Mitglieder der Großdeutschen Arbeiterpartei zu einem Demonstrationzug. Dieser Demonstrationzug sollte „kein Demonstrationzug“ sein; es sollten nur „die auswärtigen Gäste zur Bahn begleitet werden! ...“ Der Umzug war ein Fiasco für die Drahtzieher. In Gleiwitz selbst haben sie etwa 60-70

„Anhänger“ angeworben. Von auswärtig sind 5000 Mann angekündigt worden. Am Umzug nahmen etwa 1200 bis 1400 Mann teil. Sie waren militärisch eingeteilt, in Hundertschaften, Züge, Gruppen usw. Militärische Kommandos wurden gegeben.

Die Teilnehmer trugen rote Armbinden mit einem schwarzen Hakenkreuz in weißem Feld (schwarz-weiß-rot!), verschiedene Kompagnien hatten ebensolche Fahnen. Proleten waren es, die sich von den faschistischen Drahtziehern einfangen ließen: 99 Prozent der Demonstranten waren indifferente Proleten aus Stadt und Land!

Am Germaniaplatz hielt Korbach eine Ansprache im Beisein der Säpooftiziere. Dann löste sich der Zug auf — wobei einige Demonstranten einen Proleten blutig schlugen, der den Hut nicht abnahm, als das von Ebert zur Nationalhymne erkorene „Deutschland über alles“ gelungen wurde.

In die Arbeiter wurden demagogisch aufgemachte Flugblätter verteilt (die heute auch bei einer Auflage von 100 000 Stück mindestens 20 Mark pro Stück kosten!), in denen die sich radikal gebärdende Großdeutsche Arbeiterpartei die Proleten für ihre reaktionäre Zwecke einzufangen versucht. (Dieses Flugblatt und das Programm der Großdeutschen Arbeiterpartei werden wir in den nächsten Tagen einer grundsätzlichen Kritik unterziehen.)

Die Vertreter der kommunistischen Partei hatten alles getan, um die gesamte Arbeiterchaft Oberschlesiens über die Gefährlichkeit dieser faschistischen Bestrebungen aufzuklären. Die Vertreter der USPD und der freien Gewerkschaften, der sozialdemokratische Polizeipräsident Bed haben diesem gefährlichen Treiben wenig Beachtung geschenkt und nichts unternommen, um diese monarchistisch-reaktionäre Demonstration zu verhindern. Bed hat den Kopf in den Sand gesteckt. Und selbst das „Volksblatt“, das dortige Organ der USPD, fragt ob das „unter dem heutigen Polizeiwesen so sein muß!“

Der Oberbürgermeister Mieth-Gleiwitz äußerte sich, daß für ihn als Polizeichef „keine Notwendigkeit vorliege, einzuschreiten, und er auch keine gesetzliche Vorschriften kenne, die ihm ein eventuelles Einschreiten gebiete!“

In Hindenburg haben die Betriebsräte beschlossen, die Arbeiterchaft in den Betrieben über den Faschismus aufzuklären und geschlossen zu Gegenmaßnahmen aufzurufen. Vertreter der freien Gewerkschaften forderten den Polizeipräsidenten Bed auf, die Arbeiterchaft zu bewaffnen, damit sie sich ihrer Haut wehren kann.

Wenn alle Vertreter der Arbeiterchaft diesen Weg beschreiten, dann kann den faschistischen Drahtziehern das verbrecherische Handwerk gelegt werden.

einen Warenkredit für den Ankauf von Lebensmitteln und Rohstoffen in Amerika zu gewähren. Diese Finanzgruppen wollen unter dem Druck der amerikanischen Abzugssteuer auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Produktion die amerikanische Regierung dazu bewegen, diese Kredite zu garantieren und dafür eine erste Hypothek auf alle deutschen Guthaben fordern, die auch den Vorrang vor den Reparationen haben soll. Falls dieser Plan mit Frankreichs Zustimmung durchgeführt werden könnte, wären amerikanische Finanzleute eventuell auch bereit, durch eine Privatanleihe, die hauptsächlich durch deutsche Industriewerte gesichert werden sollte, Reparationszahlungen zu garantieren.

Der Reparationskredit soll 1,5 Milliarden, die Privatanleihe angeblich 750 Millionen Dollar betragen.

Die bürgerliche Presse Deutschlands verbreitet diese Meldung mit aller Hartnäckigkeit, um einerseits einen Versuchsballon aufsteigen zu lassen und andererseits den Kredit der mit den Kapitalisten Amerikas verbündeten Curoregierung zu heben.

Entgegen der hochtönenden Meldungen über die Anleihebereitschaft Amerikas handelt es sich allem Anschein nach darum, daß amerikanische Finanzleute mit Unterstützung der Regierung bereit wären, Deutschland einen Warenkredit zu eröffnen, d. h. ihren einzigen Sped und dampfen Weizen in Deutschland anzubringen/ Deutschland würde außerdem verpflichtet, Amerika die überflüssige Baumwolle abzunehmen. Den amerikanischen Kapitalisten die Eisenbahnen anzuliefern. Da aber Frankreich für dieselben Vorteile den Bajonettschuh gegen deutsche Arbeiter anbietet, ist Stimmes des leichten Angebot zweifellos leidet.

Die Pläne können nie folgt zusammengefaßt werden. Die unter einer Abzugssteuer leidenden amerikanischen Produzenten würden es gerne sehen, wenn sie nach Deutschland exportieren könnten, aber sogar die Vorbedingung ihres Warenkredites wäre die Aufhebung der französischen Barrechte auf die deutschen Eisenbahnen. Außerdem würden amerikanische Finanzgruppen an der Sicherung der deutschen Staatsbetriebe und an der deutschen Industrie im allgemeinen sich gerne beteiligen und einen Teil der Pläne durchzuführen, die heute das französische Schwerkriegsministerium wünscht. Diese Pläne amerikanischer Finanzgruppen stehen vor allem auf dem Widerstand der französischen und auch eines maßgebenden Teiles der deutschen Schwerindustrie, vor allem auch, weil daß Amerika für die

Vorteile nicht einmal einen Teil seiner Forderungen an Frankreich nachlassen will.

Die Arbeiterklasse Deutschlands hat keinerlei Veranlassung, sich darüber zu freuen, daß in den Kampf um seine Haut nunmehr auch Dollarkönige eintreten und daß das amerikanische Kapital mit seinem „moralischen Uebergewicht“, als Hauptgläubiger der europäischen Staaten, den imperialistischen Kampf, dessen Objekt die Arbeiterklasse Deutschlands bleibt, solange sie nicht den ernsthaften Kampf gegen die Bourgeoisie aufnimmt, auf den Weltmaßstab ausweitet. Die von den Kleinbürgern und der amerikanisch orientierten Curoregierung wahrgenommenen Illusionen dürfen die Arbeiterklasse vom Kampfe nicht abhalten.

Schlesische Rundschau.

Saalfreiheit für die Bourgeoisie.

Vor einiger Zeit hatte der Oberpräsident für die Provinz Schlesien ein teilweises Alkoholverbot erlassen. Obwohl dieses Verbot voller Halbheiten und Lücken war und sehr wohl geeignet schien, den Gastwirten durch leicht möglichen geheimen Ausschank von Alkohol Riesengewinne zu ermöglichen, ließen diese mit viel Aufwand und noch mehr Geschrei dagegen Sturm. Sie kündeten den schärfsten Kampf an und drohten gar mit einer völligen Stilllegung des Gewerbes und Aussperrung aller Arbeiter. Gegenüber diesem Sturm der Gastwirte war das Alkoholverbot — so unzureichend es auch war — immerhin ein löbliches Zeichen der Initiative der republikanischen (und sozialdemokratisch besetzten) Behörde gegen die Unternehmer, wie man sie nicht gewöhnt ist. Ja, die Behörde hatte einmal gezeigt, daß sie Courage hat. Allerdings nur für ganz kurze Zeit. Denn schon wird der Unfall des Oberpräsidenten bekannt. Die Presse stellt beim Oberpräsidium meldet:

Unter Aufhebung der bisher in Kraft befindlichen Polizeiverordnung vom 18. Oktober betr. das Verbot des Ausschanks von Branntwein oder Spiritus von 9 Uhr abends bis 8 Uhr morgens hat der Oberpräsident mit Zustimmung des Provinzialrats für den Umfang der Provinz Niederschlesien eine neue Polizeiverordnung erlassen. Nach ihr ist der Ausschank von Branntwein oder Spiritus in allen Branntwein-Schankstätten, Eißstuben, Kabarets, Bars und Dielen, die als solche den Gewerbebetrieb gegenwärtig ausüben oder im Falle von Rekonversionierungen später ausüben werden, von 6 Uhr abends bis 8 Uhr morgens verboten. In allen sonstigen Gast- und Speise-

Und dann polemisiert die „Volkszeitung“ gegen die „Schlesische“, indem sie ihr vorwirft, sie wolle den Index befeitigen, ohne zu sagen, was an seine Stelle gesetzt werden soll. Weiter fährt sie aus:

Dann aber muß man nach Wegen suchen, die eine weitere Besserung für Arbeitgeber und Arbeitnehmer wie für die freien Berufe bringen. Und diese ist nicht durch eine Herabsetzung, sondern durch eine allmähliche Anpassung des Einkommens an die Geldentwertung im Deutschen Reich möglich.

Wie das aber möglich ist, verschweigt sie auch. Sie verweist nur auf Desterreich und Polen, ohne zu sagen, daß dort die Arbeiter ebenso hungern und frieren wie in Deutschland. Dann macht dieses christliche Blatt einen Sprung ins „Jenseits“, ins Märchenland der an die Geldentwertung angepaßten Löhne und Gehälter:

„Hat der Beamte, der Angestellte, der Arbeiter, der Rentner und schließlich auch der Rentner fortel Einkommen, daß er keine Bedürfnisse eingetrennen befriedigen kann, daß er eventuell auch noch eine Anschaffung machen kann, dann werden sich die Umstände der Kaufleute und Gewerbetreibenden vergrößern, dann wird der Arzt wieder konsultiert, dann wird ein Prozeß wieder geführt werden, dann wird man auch für wohlthätige Zwecke für Kunst und Literatur etwas übrig haben, und schließlich wird die öffentliche Moral, die jetzt tief geknackt ist, eine bessere werden. Leben die Arbeitszeit und eventuelle Entlassungen in der Lebensgangzeit, die nur von kurzer Dauer ist, wird man sich gewiß schnell einigen.“

Siehe da! Plötzlich erkennen die Katholiken, daß auch die „öffentliche Moral“ beeinflusst ist von Armut und Reichtum! Wir werden sie daran erinnern, wenn sie wieder einmal über die „Unmoral“ der Arbeiter zetern. — Dann tröstet die „Schlesische Volkszeitung“ ihre „Schlesische“ Schwester damit, daß man sich über „Arbeitszeit und eventuelle Entlassungen schnell einigen“ wird. Auch für die christlichen Kapitalisten, die mit Gottes Beistand den Arbeitern Profite aus den Knochen schinden, ist also klar, daß der Achtstundentag fallen muß.

Schließlich äußert noch das Blatt des Breslauer Spießbürgertums, das sich noch immer Arbeiterblatt nennt, die „Volksmacht“, ihre Meinung. D. h. nicht ihre eigene Meinung: so etwas gibt es bei ihr nicht. Sie läßt einen „Beamten“ aufmarschieren, der nicht etwa den Index behandelt, sondern den Artikel in der „Schlesischen“ zu einem Werbeartikel für die „Volksmacht“ ausnutzt. Die hat's wahrlich nötig. Ist doch gerade ihre Stellung zum Index für sie schon recht peinlich gewesen. Denn die „Volksmacht“ hat immer den Index verteidigt, obwohl ihr sehr gut bekannt war, wie die Arbeiter sich dabei stehen. Heute dürfte die „Volksmacht“ ihre Ansicht nicht geändert haben, sondern weiter im Interesse des Burgfriedens mit Stimmes den Index verteidigen.

Gegenüber diesen verschiedenen bürgerlichen Stimmes wollen wir klar und deutlich unsere kommunistische Stellung, d. h. die des klassenbewußten Proletariats, darlegen. Es ist klar, der Index berechnet in durchaus subjektiver Weise, um wieviel Prozent nach der Teuerung die Einkommen steigen müssen. Wir brauchen das nicht erst zu beweisen, die kapitalistische „Schlesische Volkszeitung“ gibt selbst zu, daß die Löhne nach dem Index noch lange nicht der Teuerung angepaßt sind. Und dann spürt ja jeder Arbeiter an seinem eigenen Magen, die gegenwärtige Auswirkung dieses Index.

Der Zweck eines von den Kapitalisten berechneten Index ist eben nur, die Kämpfe des Proletariats um der Teuerung angemessene Löhne und Gehälter zu verhindern, damit sich der kapitalistische Wiederaufbau ungehemmt vollziehen kann. Die Arbeiter haben aber kein Interesse an diesem Aufbau. Sie wollen vielmehr Löhne haben, die ihnen ermöglichen, wie Menschen zu leben. Da aber diese Löhne von den Kapitalisten nicht freiwillig gezahlt werden, und die von den Kapitalisten bezahlten Staatsschulden, die den Index berechnen, diese auch nicht garantieren, muß die Arbeiterchaft darum kämpfen. Die Arbeiter müssen sich endlich wieder klar werden, daß ihnen die Kapitalisten nie das geben werden, was sie erschaffen. Wenn die Unternehmer bisher die durch ihren Index festgesetzten Löhne zahlten, so ist das nur ein Beweis dafür, daß diese Löhne bei der Teuerung nur ein Alibi waren. Nun wird den Schwerindustriellen auch das noch zuviel, sie wollen den Index befeitigen. Mögen die Arbeiter darauf die einzig mögliche Antwort des Proletariats geben: Erziehung des kapitalistischen Index durch den Kampf der Arbeiter um solche Löhne, die sie vor dem Hungertode bewahren.

Zu dem amerikanischen Anleiheplan.

In den letzten Tagen wehren sich die Meldungen in der bürgerlichen Presse, daß Amerika bereit wäre, Deutschland eine Reparationsanleihe zu geben.

Von den einflussreichsten Zeitungen Amerikas wurden diese Gerüchte demontiert.

Die amerikanische Regierung demontiert auch die Nachricht, daß sie eine neue Bankkreditlinie einberufen wolle. Ein eventuelles Eingreifen Amerikas in den europäischen Angelegenheiten hängt von der Zustimmung Frankreichs ab.

Bezüglich der französischen Stellungnahme ist die Stimme des „Echo de Paris“, der erklärt, Amerika habe, ohne eines Pfandes anzugeben, die Möglichkeit, die Reparationsfrage zu fordern, wenn es Frankreich gestattete, die nach den Vereinigten Staaten geflüchteten Kapitalisten der deutschen Großindustrie zu beschlagen zu lassen.

Realisiert über die Anleihepläne der Finanzjongleure Amerikas weiß der in London erscheinende „Daily“ aus Washington zu werden. Er berichtet von einer Bereitwilligkeit amerikanischer Finanzgruppen, Deutschland

wirtschaften, Weinhandlungen und Kafees ist der Ausschank von Branntwein oder Spiritus von 9 Uhr abends bis 8 Uhr morgens verboten; in diesen Betrieben ist jedoch von 9 bis 11 Uhr abends der Ausschank von Kognat, Arrak, Rum und Grog gestattet. Diesen Vorschriften unterliegt auch der Ausschank an die Mitglieder der sich in den genannten Betrieben aufhaltenden geschlossenen Gesellschaften. Die bestehenden, von den nachgeordneten Behörden erlassenen Polizeiverordnungen betreffend den Ausschank von Branntwein oder Spiritus bleiben in Kraft, soweit sie ihn noch weiter einschränken. Im übrigen werden sie außer Kraft gesetzt. Die nachgeordneten Behörden sind auch in Zukunft befugt, Polizeiverordnungen zu erlassen, die den Ausschank von Branntwein oder Spiritus noch weiter einschränken. Die Polizeiverordnung wird mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft treten, die noch in dieser Woche in einer Sonderausgabe der Regierungsamtblätter erfolgen wird.

So sieht die Verordnung eines sozialdemokratischen Oberpräsidenten aus. Zwar will er sich der Deffektivität als der starke Mann zeigen, der ein Alkoholverbot durchführt im Interesse der „Volksgesundheit“, doch will er dabei den Bourgeois nicht zu nahe kommen, die gewohnt sind, des Abends ihre Weine und Liköre zu saufen. Und die Gastwirte sind damit zufrieden. Sie wissen ganz genau, daß sie an den tausendenden Schiebern mehr verdienen können als an dem Proletarier, der sein Glend im scheußlichen Fusel ersäuft. Dieser Stimmung der Gastwirte Rechnung tragend, berichtet die bürgerliche Presse Breslaus über die neue Verordnung des Oberpräsidenten ganz richtig unter der Spitzmarke: „Ein Sieg der Gastwirte“. Ja, die Gastwirte haben einen Sieg errungen und die Behörden eine Niederlage! Mit den Gastwirten aber haben sich die Bourgeois die vollste Sauffreiheit wieder erworben. Sie werden das genügend mit „Kognat, Arrak, Rum und Grog“ begießen.

Wir sind nicht so niederträchtig, weiter zu erzählen, Herr Zimmer habe die Sauffreiheit für die Bourgeois deshalb bewilligt, weil er selbst ein Bourgeois geworden ist, obwohl böse Zungen dies behaupten. Wir wünschen ihm vielmehr — wenn er des abends von 9 bis 11 Uhr ein Glaschen Kognat trinkt — ein aufrichtiges „Prosit, Herr Oberpräsident!“

Aus der Jugendbewegung.

Antwortschreiben der Kommunistischen Jugend.

An den vorbereitenden Ausschuss der jugendlichen Betriebsobleute Breslaus.

Werte Genossen!

Eure Einladung zu einer Sitzung der jugendlichen Betriebsobleute haben wir erhalten. Wir begrüßen diesen Schritt als den Auftakt der arbeitenden Jugend in Breslau zur Selbsthilfe und versichern, daß die kommunistische Jugend Schlesiens diese Bewegung mit allen Kräften unterstützen wird.

In der Erkenntnis, daß alle Bewegungen der Arbeiterschaft gegen ihre Ausbeuter nur erfolgreich sein können, wenn sie einheitlich, geschlossen und über den lokalen Rahmen hinaus geführt werden, erwartet die kommunistische Jugend von den Breslauer Jugendvertrauensleuten, daß sie alle Selbsthilfebewegungen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen in ganz Schlesien zusammenfassen und darauf hinwirken, daß mit Unterstützung sämtlicher proletarischer Jugendvereinigungen eine Bezirkskonferenz der Jugendvertrauensleute in ganz Schlesien stattfindet. Diese Konferenz muß ein organisatorisches Band aller jugendlichen Betriebsvertrauensleute Schlesiens schaffen, daß es ermöglicht, die Selbsthilfebewe-

gung des schlesischen Jugendproletariats auf breiter Grundlage erfolgreich durchzuführen. Nur dann und in enger Verbindung mit den erwachsenen Betriebsrätern kann das, was heute die Forderung aller proletarischen Jugendlichen ist, Tat werden.

Es liegt an den Organisationen des Jugendproletariats, die einfache Bewegung durch tatkräftigste Unterstützung zum Siege zu führen. Darum wird die kommunistische Jugend ihre Vertreter zu der Sitzung entsenden und auch sonst alles tun, was der Bewegung der Jugend-Betriebsvertrauensleute fördernd ist.

Mit proletarischem Jugendgruß!
Die Bezirksleitung Schlesien
der Kommunistischen Jugend Deutschlands.
I. A. Max Gläser.

Die erste internationale Arbeiteranleihe beträgt: 1.000.000 Dollar

5% Zinsen. / Rückzahlung ab 1. Januar 1933.

Beleihungen der Obligationen können bei der Kredit- und Garantiebank für den Osten A.-G., Berlin, Unter den Linden 68a, in Höhe von 80% erfolgen. Die Sowjetregierung hat die volle Garantie für Rückzahlung und Zinsendienst zum Goldkurs übernommen.

Der Beschluß des Rats der Volkskommissare lautet:

1. Der Rat der Volkskommissare beschließt, die erste Arbeiteranleihe, die von der Industrie- und Handels-A.-G. Internationale Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland mit Sitz Berlin in Obligationen zum Werte eines amerikanischen Dollars mit dem Recht einer 5prozentigen Verzinsung und Rückzahlung der Obligationen ab 1. Januar 1933 in amerikanischen Dollar oder in der eingezahlten Währung aufgelegt ist, zu garantieren.
2. Die Verzinsung und Rückzahlung der Obligationen in der angegebenen Frist wird außerdem durch den ganzen, innerhalb und außerhalb Rußlands liegenden Besitz der Industrie- und Handels-A.-G. Internationale Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland garantiert.

Für den Rat der Volkskommissare:

Der Vertreter des Vorsitzenden: A. U. Rykoff.
Der Vertreter des Geschäftsführers: D. S. Moljanoff.
Die Sekretäre: M. Gläser, O. Kamenewa.

Die Anleihe wird von der Industrie- und Handels-A.-G. Internationale Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland aufgelegt, die unter dem Protektorat des Auslandskomitees arbeitet.

Durch obige Garantien ist den internationalen Arbeitern, Angestellten und Beamten eine gute und sichere Anlage eventuell Erparnisse gewährleistet. Die durch die Anleihe ausgebrachten Gelder werden in den von der Internationalen Arbeiterhilfe innerhalb und außerhalb Sowjet-Rußlands übernommenen Betrieben als Betriebskapital angelegt.

Für Deutschland tätig in Bezug auf die Anleihe alle Aufträge, das Reichskomitee der Arbeiterhilfe, Berlin E. 54, Rosenhalerstr. 38.

Gewerkschaftsbewegung.

Gewerkschaftsführer sabotieren die proletarische Selbsthilfe.

Sie gehen zur Tagesordnung über.

Mit unwiderstehlicher Wucht entfacht die täglich steigende Not weitere Schichten der gesamten Bevölkerung und vor allem des Proletariats, die Selbsthilfebewegung der Armen. Überall werden Kontrollausschüsse der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Hausfrauen gebildet, die den Kampf gegen Wucher und Teuerung führen. Die Kapitalisten führen den allerschärfsten Kampf gegen diese Kontrollausschüsse. Sie wissen, daß eine proletarische Kontrolle sie hindert, rücksichtslos ihre Gewinne aus dem Blute der Armen zu saugen. Und Schulter an

Schulter mit ihnen stehen die reformistischen Führer der Gewerkschaften im Kampf gegen die Kontrollausschüsse. Aus purer Angst vor entstehenden Kämpfen der Arbeiter sabotieren sie deren Selbsthilfe, säubern den Kapitalisten Wucherfreiheit.

Nicht allein die Gewerkschaftsführer in den Spitzen, auch die „kleinen“, die lokalen Führer treiben es so. Sie, die das Glend des Proletariats unmittelbar vor Augen haben, sind skrupellos genug, sich auf die Seite der Unternehmer, gegen die Arbeiter, zu stellen. So sind in Schmiedeberg im Riesengebirge die reformistischen Gewerkschaftsführer über den Antrag: Bildung eines Kontrollausschusses, zur Tagesordnung übergegangen.

Unsere Schmiedeberger Genossen trüben — der Erbitterung der Arbeiterschaft Rechnung tragend — an das Ortsartell der Gewerkschaften in Schmiedeberg folgendes Schreiben:

Werte Genossen!

Die fortwährende rapide Verelendung der Massen durch den steigenden Wucher macht eine dringende Wende nötig. Wir haben uns mit dieser Aufgabe befaßt und sind zu dem Entschluß gekommen, zur Selbsthilfe zu greifen wie es in diesen Orten Deutschlands geschieht. Wir wenden uns an Euch zwecks Bildung von Kontrollausschüssen. Wir erlauben Euch, ebenfalls zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen und schlagen Euch vor, eine außerordentliche Kartellversammlung einzuberufen und uns dazu einzuladen, damit wir gemeinsam in dieser Angelegenheit handeln können. Das Nähere ergibt dann die mündliche Mitteilung.

J. A. der KPD, Ortsgruppe Schmiedeberg.

Röhrens.

Auf dieses Schreiben erhielten unsere Schmiedeberger Genossen folgende, kennzeichnende Antwort:

Werte Genossen!

Das von Euch Ende November erhaltene Schreiben habe ich nach Eintreffen dem Vorstand, soweit er mir erreichbar war, vorgelegt. Wir wurden uns darüber einig, es in der nächsten Ortsausschusssitzung zum Vortrag zu bringen. Dies ist am 8. d. Mts. geschehen. Die Aussprache war sehr kurz und endete mit dem Antrag, zur Tagesordnung überzugehen, mit der Motivierung, daß Kontrollausschüsse am Ende des Produktionsprozesses, also beim letzten Verteiler, nicht von Erfolg sein können. Ich schließe mich dieser Auffassung an in der Überzeugung, daß mit derartigen Palliativmitteln, wohl für den Augenblick, nicht aber von längerer Dauer geholfen ist.

gez. Robert Riecke.

Mit diesem Schreiben haben sich die SPD-Führer in Schmiedeberg, die das Ortsartell beherrschen, gründlich blamiert. Sie wissen noch immer nicht, daß mit der Kontrolle des Preises auch die Kontrolle der Produktion gefordert wird. Sie haben noch immer nicht begriffen, daß eine Kontrolle der Produktion nicht eine Kontrolle der Preise, sondern eben der Produktion, d. h. der Herstellung der Waren bedeutet. — Oder ist es böswillige Absicht dieser Führer, die Forderung der Massen nicht zu verstehen, um sie so besser sabotieren zu können.

Wie dem auch sei. Fest steht, daß diese „Arbeiterführer“ nur eine kurze Aussprache über die elementare Forderung der Arbeiter hatten und ohne weiteres zur Tagesordnung übergegangen sind. Sie haben damit bewiesen, daß sie keine Selbsthilfebewegung des Proletariats wollen, haben ihren Willen gezeigt, der Verelendung des Proletariats kalten Blutes zuzusehen.

Für die Arbeiterschaft ist aber mit der Sabotage reformistischer Führer die Selbsthilfebewegung nicht erledigt. Sie muß sie durchführen, wenn sie nicht zugrunde gehen soll. Darum müssen jetzt die Arbeiter in den Gewerkschaften und in den Betrieben diese Bewegung selbst in die Hand nehmen. Sie haben nun die Pflicht, entgegen der Sabotage reformistischer Führer, die Bildung von Kontrollausschüssen durchzuführen.

Die Führer haben gesprochen — die Arbeiter müssen nun handeln.

Drei Menschen

Roman von Maxim Gorki.

„Fünf Rubel für ein so hübsches Zimmerchen — das ist nicht teuer!“ sagte sie lebhaft und lächelte, als sie sah, daß ihre dunklen, munteren Augen den dreißigjährigen jungen Deutschen in einige Bergeleiten brachten. Nja aber betrachtete die Wände seiner zukünftigen Wohnung und dachte darüber nach, wer sie eigentlich sein möge, diese junge Dame.

„Sie sehen — die Tapeten sind ganz neu... Das Fenster geht auf den Garten hinaus — was wünschen Sie noch mehr? Frühmorgens stellt ich Ihnen den Samowar hin — hineinbringen müssen Sie ihn sich schon selbst.“

„Sind Sie hier das Stubenmädchen?“ fragte Nja neugierig.

Die Dame hörte auf zu lächeln, ihre Augenbrauen zuckten, und während sie sich hoch aufrichtete, sagte sie würdevoll: „Ich bin kein Stubenmädchen, sondern die Inhaberin dieser Wohnung, und mein Mann.“

„Sind Sie denn verheiratet?“ rief Nja erstaunt und sah ungläubig auf ihre schlanke, zierliche Gestalt.

„Nesmal ärgerte sie sich nicht, sondern lachte hell und laut.“

„Wie komisch Sie sind!“ sagte sie. „Bald hält er mich für ein Stubenmädchen, bald will er nicht glauben, daß ich verheiratet bin.“

„Wie soll ich's dem glauben, wenn Sie ganz wie ein junges Mädchen aussehen?“ sprach Lunew gleichfalls lachend.

„Und ich sag' Ihnen, daß ich schon im dritten Jahre verheiratet bin, und daß mein Mann Revieraufseher ist bei der Polizei.“

Nja sah ihr ins Gesicht und lächelte still — er wollte selbst nicht, weshalb.

„Was für ein Sonderling!“ rief die Dame achselzuckend, während sie Nja neugierig musterte. „Na, wie ist's also — mieten Sie das Zimmer?“

„Angenehm! Soll ich Angeld geben?“

„Natürlich! Geben Sie wenigstens einen Rubel.“

„In zwei, drei Stunden zieh' ich ein.“

„Bitte sehr... Ich freue mich, einen solchen Mieter zu haben.“

„Sie sind... Wie es scheint, sehr lustig.“

„Nicht besonders...“ sagte Lunew lächelnd.

Er trat schamlos, mit einem angenehmen Gefühl in der Brust, auf die Straße hinaus. Ihn gefiel sowohl das Zimmer mit den blauen Tapeten, als auch das kleine, hübsche Fräulein. Ganz besonders angenehm aber schien es ihm,

daß er bei einem Revieraufseher wohnen sollte. Er fand darin etwas Lächerliches, eine gewisse Ironie, und zugleich eine Gefahr für seine Person.

Er war unterwegs nach dem Krankenhaus, wo er Jafow besuchen wollte, und um recht schnell hinzukommen, nahm er eine Droschke. Während der Fahrt dachte er im Innern und dachte darüber nach, was er mit dem Gelde anfangen, wo er es verstecken sollte.

Als er ins Krankenhaus kam, sagte man ihm, daß Jafow vor einer Weile ein Wannenbad genommen habe und jetzt fast schlafend. Nja blieb im Korridor am Fenster stehen und wartete nicht was er beginnen — ob er fortgehen oder warten sollte, bis Jafow erwachte. An ihm vorüber schritten, leise mit den Pantoffeln schlurrend, hintereinander die Kranken in ihren gelben Schlafrocken und schauten ihn mit vergrämter Miene an. Sie plauderten leise miteinander, und in ihr halblautes Gespräch schlang ein schmerzliches Gestöhn, das irgendwoher aus der Ferne, herüberhallte... Ein dumpfes Schloß, das jeden Laut verneigte, tönte durch den langgestreckten Korridor... Es war, als ob in der von Geräuschen erfüllten Luft des Krankenhauses unsichtbar und leise irgend jemand dahinschwebte und traurig ächzte und flüchte.

Es drängte Nja, diese gelben Mauern so rasch wie möglich zu verlassen. Aber plötzlich trat er vor den Kranken auf ihn zu, streckte ihm die Hand hin und rief leise:

„Sei gegrüßt!“

Lunew blinnte auf und trat voll Erstaunen einen Schritt zurück.

„Bawel? Herr Gott! Auch du bist hier?“

„Wer ist denn noch hier?“ fragte Bawel rasch. Sein Gesicht war eigentümlich grau, seine Augen blinzelten unruhig und verlangten.

„Jafow ist hier!... Sein Vater hat ihn ganz blutig geprügelt... Und nun bist auch du hier? Schon lange?“

Und in unverständlichen Tönen fügte Nja hinzu: „A—ach, Bruder, wie verändert siehst du aus!“

Bawel senkte seine Lippen zuckten, und seine Augen schauten eigenartig matt. Er senkte den Kopf, als ob er sich schuldig fühlte, und wiederholte mit heiserer Stimme:

„Verändert?... Ach ja!“

„Was fehlt dir denn?“ fragte Lunew teilnehmend.

„Was mir fehlt? Kommt dir's wohl denken?“

Bawel sah flüchtig in Njas Gesicht und ließ den Kopf bang wieder sinken.

„Hast du dich angestekt?“ fragte Lunew flüsternd.

„Nein.“

„Doch nicht von Wjera?“

„Von wem denn sonst?“ antwortete Bawel lässlich.

Nja schüttelte den Kopf, schwieg ein Weilchen und sagte bitter:

„Das ist mal unser Verhängnis... Wer weiß, wie mir's einmal geht!“

Bawel lächelte schmerzlich, trat dann neben Nja und sagte, ihm zutraulich in die Augen blickend:

„Ich dachte, du würdest dich vor mir eckeln... Ich geh' hier spazieren und seh' mit einem Mal: Nja... Ich schämte mich und wandte mich ab, wie ich an dir vorüberging...“

„Das war mal schlau,“ sagte Nja vorwurfsvoll.

„Wer kann's gleich wissen, wie jemand darüber denkt? Die Wahrheit zu sagen — es ist eine widerwärtige Krankheit.“

„Ach, Bruder, schon die zweite Woche sitz' ich hier drinn... Was für eine Qual, was für eine Langeweile!... Man geht herum, man liegt auf seinem Bett und grübelt in einem fort... Die Nächte besonders sind schlimm — als ob man auf glühenden Kohlen läge. Die Zeit zieht sich so lang hin, wie ein Haar in der Milch... Es ist, als jage es dich in einen Sumpf hinein, und du wärest allein und könntest niemand um Hilfe rufen.“

Bawel sprach fast flüsternd, und über sein Gesicht ging es dabei wie frostige Schauer, während die Hände sich krampfhaft an dem Krager des Schlafrockes zu schaffen machten. Mit dem Kopf schüttelnd, sprach er düster vor sich hin:

„Wenn's mal einem schlecht gehen soll, dann kommt's gleich gehörig... mit Keulenschlägen...“

„Und wo ist denn Wjera?“ fragte Nja nachdenklich.

„Der Teufel mag's wissen,“ sprach Gratschew mit bitterem Lächeln.

„Besucht sie dich nicht?“

„Stummal war sie da — aber ich hab' sie fortgejagt...“

„Nicht sehen kann ich sie, die gemeine Dürre!“ rief Bawel zornig aus.

Nja blinnte vorwurfsvoll in sein entstelltes Gesicht und sprach: „Was redest du da für Unsinn? Wenn du Berechtigter verlangst, dann sei auch mal selber gerecht... Worauf liegt ihm die Schuld? Bedenk' das einmal!“

„Wen soll ich denn sonst beschuldigen?“ rief Bawel leidenschaftlich, doch mit gedämpfter Stimme. „Wen? Sag' einmal! Ich leg' oft die ganze Nacht da und denke drüber nach, wodurch eigentlich mein Leben so verpfuscht ist. Nur dadurch, daß ich Wjera kennengelernt.“

Sie hat mir alles eingebracht: Mutter, Schwester, Gattin und Freunde... Wie ich sie geliebt habe, läßt sich nicht mit Worten sagen... noch mit Sternenschrift an den Himmel schreiben.“

(Fortsetzung folgt.)

